



10 Punkte für Nachhaltige Entwicklung

Ende August 2002 wird in Johannesburg der Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung stattfinden. Dieser Gipfel will zehn Jahre nach der Rio Konferenz Bilanz ziehen und aktionsorientierte Entscheidungen auf den Weg bringen.

Ein breites Bündnis deutscher Nichtregierungsorganisationen hat sich im Vorfeld von Johannesburg zur Kampagne „**Globale Gerechtigkeit ökologisch gestalten**“ zusammengeschlossen. Gemeinsam wollen wir erreichen, dass Politik und Gesellschaft unseres Landes mehr Verantwortung für eine ökologische und sozial zukunftsfähige Entwicklung übernehmen.

Lippenbekenntnisse und unverbindliche Absichtserklärungen gibt es genug. Die Konferenz in Johannesburg muss mehr auf den Weg bringen. Massiver politischer Druck und gesellschaftliche Mobilisierung sind vonnöten, wenn die Einsichten und Erkenntnisse von Rio endlich Realität werden sollen.

Dort wurde bereits fest gehalten:

- Das nördliche Wohlstandsmodell ist nicht zukunftsfähig.
- Der industrialisierte Norden hat die Hauptverantwortung für die globale ökologische Krise übernommen und den Entwicklungsländern neue Finanzmittel und Technologietransfer für deren öko-soziale Entwicklung zugesagt.
- Das Recht auf chancengleiche Entwicklung wurde als Prinzip zugestanden. Die Entwicklungsländer haben ihrerseits nationale Verantwortung für den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen anerkannt.

Zehn Jahre danach stellen wir fest:

Die industrialisierte Welt fährt mit einer riesigen Glaubwürdigkeitslücke nach Johannesburg. Trotz technischer Machbarkeit werden die riesigen Effizienzpotenziale beim Ressourcenverbrauch, vom Wasser bis zur Energie, nur marginal genutzt. Der Klimawandel beschleunigt sich, der Verlust biologischer Vielfalt geht ungebremsst weiter, lebensnotwendige Güter wie Trinkwasser werden knapp, die soziale und ökologische Ungerechtigkeit und damit die Kluft zwischen Arm und Reich nehmen zu statt ab.

Auch die Regierungen in den Entwicklungs- und Transformationsländern tragen Verantwortung für die äußerst mangelhafte Umsetzung der Beschlüsse von Rio. Für die große Mehrheit der wirtschaftlichen und politischen Eliten in Nord, Süd und Ost gilt, dass die Botschaft von der ökologischen Begrenztheit der Res-

ourcen und der Belastbarkeit der Umwelt nicht wirklich angenommen wurde.

Diese kritische Bilanz ist unser Anlass, für umfassende Reformen und gesellschaftspolitische Initiativen zu streiten.

Die Knappheit von lebensnotwendigen Ressourcen wie Trinkwasser und Boden, die soziale und kulturelle Entwurzelung als Folge verfehlter Wirtschaftspolitik und der Raubbau an der Natur stellen bereits heute in vielen Ländern eine zentrale Konflikt- und Fluchtursache dar. Seit den Anschlägen in New York und Washington sind die strukturellen Ursachen des Terrors wie soziale Ungerechtigkeit und kulturelle Nivellierung stärker ins Blickfeld gerückt. Frieden ist mehr als die Abwesenheit von Krieg und Terror. Die Überwindung sozialer Ungerechtigkeit, die Beachtung der Menschenrechte, eine gerechte und nachhaltige Nutzung der natürlichen Lebensgrundlagen, fundamentale Veränderungen der transnationalen Handels- und Finanzpolitik sind wesentliche Beiträge für einen globalen Ausgleich zwischen Nord und Süd.

Vom **Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung** in Johannesburg erwarten wir, dass er

- konkrete Signale für die Umsteuerung in Politik und Wirtschaft setzt, um alle Potenziale effizienter Ressourcenschonung zu nutzen und ökologisch unsinnige Subventionen abzubauen;
- konkrete Initiativen für eine soziale und ökologische gerechte Gestaltung der Globalisierung startet;
- neue gesellschaftspolitische Initiativen für einen zukunftsfähigen Lebensstil und mehr demokratische Teilhabe an politischen Entscheidungsprozessen auf der kommunalen, landes- und bundespolitischen sowie internationalen Entscheidungsebene anstößt.

Von der Bundesregierung erwarten wir, dass sie in Deutschland, in der Europäischen Union und auf globaler Ebene den gebotenen gesellschaftlichen und politischen Wandel in den 10 folgenden Handlungsfeldern mit besonderen politischen Initiativen voran treibt.

Die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes sowie die **deutsche Wirtschaft** fordern wir dazu auf, ihre möglichen Beiträge zur Wahrnehmung globaler sozialer wie ökologischer Verantwortung zu einer Maxime ihres Handelns zu machen.



1. Armut bekämpfen und Gerechtigkeit verwirklichen

Weltweit leben bald eine Milliarde Menschen in extremer Armut. Armut ist Ausdruck sozialer Ungerechtigkeit. Die Kluft zwischen Arm und Reich ist in den vergangenen Jahren im Zuge der Globalisierung weltweit, aber auch in Deutschland weiter gewachsen. Eine global nachhaltige Entwicklung erfordert die Überwindung der Armut insbesondere in den Ländern des Südens. Dies bedeutet ein konsequentes Umsteuern auf der Ebene der internationalen Wirtschafts-, Handels- und Finanzpolitik.

Die Entwicklungszusammenarbeit muss in erster Linie einen gezielten Beitrag zur strukturellen Armutsbekämpfung in den Dörfern und den städtischen Elendsvierteln in den Ländern des Südens leisten. Dabei müssen Selbsthilfeinitiativen und soziale Bewegungen unterstützt werden, deren Arbeit soziale Gerechtigkeit herstellen will und sich an den Prinzipien der Nachhaltigkeit und der Umsetzung der Agenda 21 orientiert.

Die reichen Länder stehen darüber hinaus in der Pflicht, zusätzliche Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung zu stellen. Wir fordern daher, dass die in Rio erneuerte Verpflichtung der Industriestaaten, 0,7% ihres Bruttonationalproduktes für Entwicklungshilfe zur Verfügung zu stellen, bis zum Jahr 2010 verbindlich eingelöst wird. Der Anteil der Mittel für direkte Armutsbekämpfung muss deutlich erhöht werden. Die international vereinbarten Entwicklungsziele (darunter die Halbierung des Anteils der extrem Armen, Grundschulbildung für alle und die weitere Umsetzung von nationalen Strategien für eine nachhaltige Entwicklung) müssen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln verwirklicht werden.

Die Bundesregierung hat angekündigt, mit ihrem Aktionsprogramm 2015 zur weltweiten Halbierung extremer Armut einen spezifischen deutschen Beitrag leisten zu wollen. Wir fordern die Bundesregierung auf, nun auch konkrete Taten folgen zu lassen.

2. Das Klima durch eine Energie- und Verkehrswende schützen

Die Treibhausgasemissionen müssen drastisch reduziert werden, um einen Klimawandel mit schwerwiegenden Konsequenzen zu vermeiden. Die Industrieländer mit ihren deutlich höheren pro-Kopf-Emissionen müssen dabei den Anfang machen. Das Kyoto-Protokoll muss schnellstmöglich ratifiziert und bis Johannesburg in Kraft gesetzt werden.

Um einen gefährlichen Klimawandel zu verhindern, müssen in den Industrieländern schnell konkrete Maß-

nahmen zum Klimaschutz in Gang gesetzt werden, um bis zum Jahr 2020 eine Reduktion der Treibhausgasemissionen um 40% erzielen zu können, bis 2050 sogar um 80%. Dies erfordert nicht nur eine konsequente Klimaschutzpolitik, sondern auch aktive Nutzung der vielfältigen Handlungsmöglichkeiten jedes Einzelnen.

Der Primärenergieverbrauch und der Einsatz fossiler Brennstoffe, vor allem der Kohle, muss zügig reduziert werden. Dazu müssen die Pläne für die Erschließung weiterer Braunkohleabbaugebiete aufgegeben und die Subventionierung des Steinkohleabbaus zügig beendet werden. Die Ökologische Steuerreform muss fortgesetzt werden und durch Regelungen auf europäischer Ebene ausgeweitet werden. Ihre zahlreichen Ausnahmetatbestände müssen abgebaut werden.

Die erneuerbaren Energien müssen in den nächsten 10 Jahren auf einen nationalen und weltweiten Anteil von deutlich über 10% des Primärenergieverbrauchs gebracht werden. Auch bei den ungebrochen wachsenden Emissionen im Verkehrssektor ist eine Trendwende unverzichtbar. Dazu muss auf einen weiteren Ausbau der Automobil- und Flugverkehrs-Infrastruktur verzichtet werden, und stattdessen der öffentliche Nah- und Fernverkehr zu einer wettbewerbsfähigen Alternative ausgebaut werden.

3. Wirtschaftliche Globalisierung sozial und ökologisch gestalten

Globalisierung ist ein höchst widersprüchlicher Prozess, der immensen Reichtum und Warenfülle schafft und gleichzeitig Verarmung und in hohem Maße Ungleichheit erzeugt. Die damit verbundenen Umbrüche erfassen das internationale Finanzsystem, den Welthandel und die Produktion gleichermaßen. Sie haben aber auch Auswirkungen auf die Kultur, auf die Lebensweise und die Wertorientierungen der Menschen in allen Kontinenten. Unter der Maßgabe von Effizienz- und Gewinnmaximierung versuchen Märkte und Staaten ökologische und soziale Kosten zu externalisieren. Selbst die wichtigsten Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge – Bildung, Gesundheit, Altersvorsorge oder Trinkwasserversorgung werden in die Effizienzlogik integriert, wenn sie als profitabel gelten.

Johannesburg muss konkrete Initiativen für eine sozial und ökologisch gerechte Gestaltung der Globalisierung auf den Weg bringen. Dafür sind tiefgreifende Reformen der Welthandelsorganisation (WTO), des internationalen Finanzsystems und ihrer Organisatio-

nen Internationaler Währungsfonds (IWF) und Weltbank erforderlich.

Ein zukunftsfähiges Welthandelssystem muss Umweltschutz und Ressourcenschonung, Armutsüberwindung und sozial wie ökologisch nachhaltige Produktionsstandards über die Handelsliberalisierung stellen. Umweltschutz- und Menschenrechtsabkommen müssen Vorrang vor WTO-Recht erhalten.

Das internationale Finanzsystem muss so umgebaut werden, dass Währungs- und Schuldenkrisen nicht mehr ganze Volkswirtschaften aus dem Gleichgewicht bringen und deren Naturressourcen bedrohen können. Ein substanzieller Schuldenerlass und die Einführung eines internationalen fairen und transparenten Schiedsverfahrens und eine Abkehr von Strukturanpassungsprogrammen, die nahezu ausschließlich auf Exportorientierung, Privatisierung und Deregulierung setzen, sind wichtige Voraussetzungen für eine zukunftsfähige Entwicklung. Zur Entschleunigung der Finanzmärkte müssen geeignete Maßnahmen, wie z.B. eine Devisentransaktionssteuer eingeführt werden.

Insgesamt muss die Diskussion um internationale Abgaben und Steuern auf ressourcenverbrauchende und verschmutzende Produktions- und Transportsysteme (Luft- und Seeverkehr, Fischerei usw.) endlich auf die internationale Tagesordnung gesetzt werden. Internationale Abgaben und Steuern sollten zu einem größeren Teil zur Finanzierung ökologisch und sozial nachhaltiger Entwicklung zur Verfügung gestellt werden.

Die wichtigsten Umweltprinzipien – das Vorsorge und Verursacherprinzip – müssen auch in der deutschen staatlichen Außenwirtschaftspolitik – verankert werden. Dies gilt insbesondere für die Vergabekriterien der Hermesbürgschaften und für staatliche Investitionsgarantien, die bislang ohne klare und verbindliche Umwelt- und Sozialstandards und entsprechende Prüfverfahren gewährt werden.

Der ökonomischen Globalisierung müssen nicht nur ökologische und soziale Grenzen gesetzt werden, sie muss in ein politisches, demokratisch kontrollierbares Regelsystem nachhaltiger Entwicklung integriert werden. Die Bundesrepublik als herausragende Wirtschafts- und Exportnation trägt hierfür besondere Verantwortung. Die internationale Glaubwürdigkeit der Bundesregierung hängt entscheidend von ihren nationalen und internationalen Initiativen zur Gestaltung der Globalisierung ab.

4. Ernährung durch eine globale Agrarwende sichern

Obwohl weltweit genügend Nahrungsmittel für mehr als sechs Milliarden Menschen produziert werden, hungern etwa 800 Millionen, nach Angaben der UN-Welternährungsorganisation die Mehrzahl darunter Kleinbauern und Landarbeiter. Gleichzeitig ist die Landwirtschaft mit vielfältigen Umweltproblemen von der Bodenerosion bis zur Verschmutzung und Erschöpfung von Trinkwasserreserven konfrontiert und trägt häufig selbst dazu bei. Der Ausbruch von BSE und

Maul- und Klauenseuche in Europa haben noch einmal deutlich gemacht, dass die Industrialisierung der Landwirtschaft die globalen Probleme von Ernährung und Umweltschutz nicht lösen kann. Notwendig ist vielmehr eine Wende hin zu einer an regionale ökologische Kreisläufe und die Bedürfnisse von kleineren Produzenten angepasste Landwirtschaft. Eine entsprechende Politik kann jedoch nur erfolgreich sein, wenn die Verbraucher weit stärker als bisher durch ihr Kaufverhalten am Markt Fakten schaffen.

In den Industrieländern ist vor allem der radikale Umbau des Subventionssystems erforderlich. Produktionsanreize, Garantiepreise und Exportsubventionen, die die Umwelt im Inland und die Agrarmärkte in anderen Ländern zerstören, sind abzuschaffen und in Programme zur nachhaltigen Regionalentwicklung und zur gezielten Honorierung von Leistungen der Landwirtschaft für Umwelt, Natur und Landschaftspflege zu lenken, z. B. auch in die ökologische Landwirtschaft.

Damit einhergehend ist unbedingt erforderlich, dass die EU ihren Agrarprotektionismus aufgibt und so die Märkte für Produkte aus Entwicklungsländern weiter öffnet. Gleichzeitig bedarf es vielfältiger Massnahmen zur Unterstützung der Entwicklungsländer auf dem Weg zu einer nachhaltigen Landwirtschaft, die Exportinteressen nicht über die Ernährungssicherung der eigenen Bevölkerung stellt. Dazu gehört eine umfassende Landreform, die vor allem Frauen den Zugang zu produktiven Ressourcen sichert. Kleinproduzenten, insbesondere von Grundnahrungsmitteln, müssen durch die nationale Agrarpolitik und unterstützt durch Entwicklungshilfe, besonders gefördert werden. Dazu gehört auch der Schutz der Märkte vor subventionierten Importen. Eine entsprechende Politik muss in der WTO uneingeschränkt zulässig sein.

Die Leistung der Bauern bei der Zucht und Erhaltung von wertvollen Nutzpflanzensorten muss anerkannt werden. Der Patentierung von Saatgut, lebenden Organismen und traditionellem Wissen ist daher ein Riegel vorzuschieben.

5. Biologische Vielfalt und Wälder erhalten und nachhaltig nutzen

Die biologische Vielfalt der Erde nimmt von Tag zu Tag ab. Ihre Erhaltung, ihre nachhaltige Nutzung und die gerechte Aufteilung der aus ihrer Nutzung entstehenden Vorteile sind seit Rio Schlüsselthemen der internationalen Debatte um eine nachhaltige Ressourcennutzung. Dabei hat die Konvention über die biologische Vielfalt den negativen Trend bislang nicht umkehren können. Die weiter zunehmende Degradierung von Naturwäldern, die Übernutzung fast aller Meeresfischbestände und die anhaltende Biopiraterie sind Beispiele für die Auswirkungen verfehlter Politik und Konsummuster.

Wir fordern daher die konsequente politische Umsetzung und den weiteren Ausbau bestehender Rechtsinstrumente und Vereinbarungen. Das Biosafety-Protokoll, das den Umgang mit gentechnisch veränderten





Organismen regelt, muss zügig ratifiziert und umgesetzt werden. International verbindliche Rechtsinstrumente müssen weiter entwickelt und umgesetzt werden, die Biopiraterie verhindern und die Menschen im Süden in gerechter Weise an der Nutzung ihrer biologischen Ressourcen beteiligen. Schließlich bedarf es deutlich größerer Anstrengungen insbesondere von Seiten der Industrieländer zur Finanzierung der Erhaltung der globalen biologischen Vielfalt.

Auch die Entwicklungszusammenarbeit muss zukünftig stärker dem dauerhaften Naturressourcenerhalt ebenso wie der strukturellen lokalen Armutsbekämpfung dienen.

Ein besonders augenfälliges Beispiel für das Gegenteil von Nachhaltigkeit ist angesichts der Nachfrage nach Holz vor allem in den Industrieländern die internationale Wälderpolitik, die seit Jahren nicht von der Stelle kommt. Im Rahmen der Konvention über die Biologische Vielfalt sollte daher ein Wälderprotokoll vereinbart werden, mit dem die Ursachen für die fortschreitende Wälderzerstörung bekämpft werden können.

In Deutschland müssen im Rahmen einer längst überfälligen nationalen Biodiversitätsstrategie sowohl Maßnahmen zu einem flächendeckenden Ökosystemschutz umgesetzt werden (z. B. konsequente Umsetzung der Flora Fauna Habitat-Richtlinie, Förderung der ökologischen Waldnutzung, wie sie im Rahmen des internationalen Zertifikats des Forest Stewardship Council angestrebt wird), als auch aktiv globale naturzerstörerische Auswirkungen heimischer Wirtschaft und heimischen Konsums beseitigt werden.

6. Boden schützen und Desertifikation bekämpfen

Böden sind neben Luft und Wasser die „tragenden Umweltsysteme“: sie bilden die Lebensgrundlage für uns Menschen, für Flora und Fauna, durch sie können erst Biodiversität, genetische Ressourcen und Rohstoffe entstehen, sie dienen zur Nahrungsmittelproduktion, als Wasserspeicher, Schadstofffilter und Regulator für globale biogeochemische Stoffkreisläufe. Die Bedeutung und der Schutz von Böden muss mehr in das öffentliche und politische Bewusstsein gerückt werden.

Weltweit sind 15% der eisfreien Landoberfläche von Bodendegradation betroffen. Etwa 1,2 Mrd. Menschen, d.h. jeder sechste Erdbewohner, sind allein durch Desertifikation und Dürre gefährdet. In den Entwicklungsländern tragen Böden oft zu einem Großteil der volkswirtschaftlichen Einkommen bei. Der überwiegende Teil der Bevölkerungen (bis zu 80%) sind Kleinbauern, deren Einkommen und Nahrungssicherheit überwiegend auf Bodenproduktivität gründen. Rapide voranschreitende Landdegradation (Desertifikation)



tion) beeinträchtigt die soziale und wirtschaftliche Entwicklung von nahezu einer Milliarde Menschen weltweit.

Die Auslöser der Bodenzerstörung wie Erosion, Verdichtung und Versiegelung, durch Nährstoffverlust, Versalzung, Kontamination oder Versauerung sowie deren Ursachen müssen minimiert werden. Während die Auslöser für Bodenzerstörung im Norden reich-tumsinduziert sind, sind sie in den Ländern des Südens durch Armut begründet. Die Zusammenhänge zwischen Bodendegradation und anderen globalen Umweltproblemen wie Klimaveränderung, Verlust der Artenvielfalt durch industrielle Landwirtschaft und Ausweitung der Landnutzung sowie Flächenversiegelung müssen politisch stärker berücksichtigt werden und zu einer internationalen Bodenpolitik führen.

Zum Erhalt der natürlichen Bodenfunktionen zur Nahrungsmittelproduktion und Schaffung einer globalen Ernährungssicherheit sind die Anwendung einer multifunktionellen, standortgemäßen Landnutzung sowie die umweltfreundliche Gestaltung der Rahmenbedingungen für Agrarmärkte notwendig. Weiterhin müssen eine ausgeglichene Landbesitzverteilung unterstützt und Technologie- und Wissenstransfer integrierter Systeme verstärkt werden.

Der zunehmenden Urbanisierung weltweit muss die Förderung einer integrierten nachhaltigen Siedlungsentwicklung entgegengesetzt werden, um den Flächenverbrauch zu senken. In diesem Zusammenhang sind im Norden die Entsiegelung der Städte, die Sanierung von Altlasten sowie die Internalisierung des Bodenschutzes in die Grundstückspreise wirkungsvolle Maßnahmen. In den Entwicklungsländern sollte die deutsche Entwicklungspolitik die städtischen Potentiale für einen nachhaltigen Umgang mit natürlichen Ressourcen wie Holz und Wasser fördern und auf gerechte Handelsbeziehungen zwischen den ländlichen und städtischen Gebieten hinwirken.

Auch in Deutschland sind wir von einer nachhaltigen Bodennutzung noch weit entfernt. Obwohl im März 1999 das Bundes-Bodenschutzgesetz in Kraft getreten ist und weitere Verordnungen und Planungen zum Schutz der Böden beitragen sollen, geht in Deutschland die Flächenversiegelung unvermindert weiter: täglich werden ca. 130 ha für Verkehrswege und Siedlungsflächen verbraucht. Daher sollte eine Reduzierung der zusätzlichen Flächeninanspruchnahme für Siedlungs- und Verkehrszwecke bis zum Jahr 2010 auf Null erreicht werden. Neue Flächennutzungen müssen vollständig durch Entsiegelungen an anderer Stelle ausgeglichen werden.

7. Recht auf Wasser einlösen und Wasserressourcen nachhaltig nutzen

Zugang zu Wasser ist Voraussetzung für gesundes Leben sowie für die wirtschaftliche Entwicklung, insbesondere für die Ernährungssicherung. Doch Wasser wird in vielen Regionen zunehmend knapp. Ursachen dafür sind eine wachsende Nachfrage, Verschmutzung und Verschwendung, vor allem durch Industrie





und industrielle Landwirtschaft. Besonders betroffen davon sind vor allem die ärmeren Länder und Bevölkerungsgruppen. Großstaudämme haben in vielen Fällen einem nachhaltigen Wassermanagement eher geschadet und gingen vielfach mit schweren Menschenrechtsverletzungen einher.

Wenn es nicht gelingt, die Wasserressourcen zu schützen und nachhaltig zu nutzen, droht eine Verschärfung sozialer, regionaler, zwischenstaatlicher Spannungen und des Nord-Süd-Konflikts. Der Kampf um Wasser könnte zu einem der brisantesten politischen Konfliktfelder des 21. Jahrhunderts werden.

Das Recht auf gleichberechtigten Zugang zu Wasser ist als Menschenrecht festzuschreiben, seine Einlösung muss Aufgabe und Verantwortung des Staates bleiben. Nationale und internationale Programme zur Eindämmung der Wasserkrise müssen ausgeweitet und verstärkt werden. Für eine globale Wasserpolitik müssen mehr Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden.

Die Weltstaudammkommission WCD hat Empfehlungen für einen umfassenden Ansatz im Wassermanagement mit weitreichender Beteiligung der Zivilgesellschaft und betroffener Bevölkerungsgruppen erarbeitet. Sie müssen von Regierungen und internationalen Entwicklungsorganisationen anerkannt und umgesetzt werden.

Auch in Deutschland stehen die Ressourcen unter einem hohen Nutzungsdruck, insbesondere durch die Landwirtschaft. Weitere Verbesserungen in der Gewässerqualität kommen nur langsam voran. Beim Grundwasserschutz ist keine Trendwende in Sicht. Aktive Vorsorgepolitik und besserer Umweltschutz sind durch politische Reformen sicherzustellen; vor allem müssen Anreize zum nachhaltigen Umgang mit Wasser verstärkt werden. Eine Privatisierung der Wasserversorgung würde dieses Ziel erschweren. Das bewährte System kleinräumiger Wasserversorgung in kommunaler Verantwortung darf nicht in seinen Grundstrukturen verändert oder gar zerschlagen werden.

8. Konsum und Lebensstil nachhaltig gestalten

Nachhaltige Entwicklung und weltweite Gerechtigkeit erfordert auch ein Umsteuern unseres Lebensstils in den Industrieländern. Schon heute wären vier Planeten nötig, wenn alle Menschen den Lebensstil der Industrienationen hätten. Um uns wohl zu fühlen, brauchen wir nicht besonders viele Güter, sondern langlebige und solche, die die Umwelt nicht belasten. Nicht alles, was wir brauchen, müssen wir auch persönlich besitzen. Lebensfreude besteht nicht darin, immer mehr zu konsumieren und immer mehr Bereiche unseres Lebens zu kommerzialisieren. Nachhaltigkeit bedeutet, diesen Trend wieder zurückzudrängen. Für nachhalti-

gere Lebensstile muss die Politik unterstützende Rahmenbedingungen schaffen, ebenso müssen wir als Verbraucher aber auch unser Verhalten ändern.

Es gibt vielfältige Möglichkeiten, sich im Alltag so zu verhalten, dass Ressourcen geschont und Energien gespart werden. Als Beispiele seien genannt: Der Einkaufskorb mit fair gehandelten Produkten; Lebensmitteln aus der Region oder mit Biosiegel; Klimaschutz durch Verkehrsvermeidung durch Nutzen öffentlicher Verkehrsmittel oder Ausnutzung der Energiesparpotentiale in Häusern und Gebäuden; Bezug von Strom aus erneuerbaren Energiequellen und vieles andere mehr.

Umwelt- und entwicklungspolitische Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit trägt dazu bei, dass das Bewusstsein in der Bevölkerung für ein Umdenken im Sinne von nachhaltigem Verhalten im Alltag stattfinden kann. Öffentliche Förderung seitens des Staates ist für eine professionelle Arbeit der NRO eine unverzichtbare Forderung.

Umweltbildung und Globales Lernen über die Nord-Süd-Ungerechtigkeiten muss in die Lehrpläne der Schulen und Erwachsenenbildung ebenso wie in die Lehrerbildung Eingang finden, um die Zusammenhänge mit nachhaltiger Entwicklung deutlich zu machen.

9. Nachhaltigkeit braucht Geschlechtergerechtigkeit

Nachhaltige Entwicklung ist ohne Beteiligung von Frauen nicht zu machen. Dazu bedarf es der Beseitigung von Ungleichheiten und der Stärkung von Frauen. Diese Botschaft der Agenda 21 ist bislang weder in der Umwelt- noch in der Entwicklungspolitik ernsthaft umgesetzt worden. Es besteht der Trend, soziale Verantwortung – von der Kindererziehung bis zur Aids- und Altenpflege – wie auch Umweltverantwortung – vom Mülltrennen bei uns bis zum Bäumchenpflanzen in den Ländern des Südens – zu feminisieren, in dem sie an die privaten Haushalte oder lokale Gemeinschaften und dort überwiegend an Frauen verschoben wird. Diese unbezahlte Daseinsvorsorge wie auch die überwiegend von Frauen ausgeübten schlecht bezahlten Dienstleistungen stellen Zukunftsfähigkeit her, werden jedoch nicht als gesellschaftlicher Produktivfaktor gewertet. Nach wie vor besteht eine „Glasdecke“ für Frauen in den einzelnen Sektoren: im Alltag an der Basis sind sie aktiv, doch je technischer, wissenschaftlicher oder politischer die Handlungsebene ist, desto männerdominierter ist sie. Geschlechtergerechtigkeit – im Sinne einer gerechten Verteilung von Zugängen zu und Eigentum an Ressourcen, von Lasten und Pflichten im Umweltschutz und der Überlebenssicherung, von

Gestaltungsmöglichkeiten in der Umwelt- und Entwicklungspolitik – steht noch aus. Gender Mainstreaming - das Einbringen einer Geschlechterperspektive in alle politischen Ressorts – muss die Bundesregierung aktiv durchführen. Nachhaltigkeitspolitik sollte sich entsprechend dem Vorsorgeprinzip stärker an der alltäglichen Daseinsvorsorge und an den Kollektivrechten an natürlichen Gemeinschaftsgütern orientieren. Beim Überlebensmanagement in der Armut wie auch beim Umweltschutz muss ein Lastenausgleich zwischen den Geschlechtern stattfinden. Gleichzeitig gilt es, die politische Entscheidungsmacht von der Ebene der Lokalen Agenda bis zu UN-Verhandlungen geschlechterdemokratisch zu teilen.

10. Lokale Agenda 21 und Beteiligung auf allen Ebenen stärken

Nach der Rio Konferenz sind in Deutschland viele Lokale Agenda 21 Prozesse ins Leben gerufen worden und haben auf kommunaler Ebene partizipative Initiativen für eine nachhaltige Kommunalpolitik entwickelt. Gleichzeitig sind in den letzten Jahren Beteiligungsrechte für Bürgerinnen und Bürger (»Beschleunigungsgesetze«) abgebaut worden. Der Erfolg zukunftsfähiger Entwicklung ist entscheidend von der Breite der gesellschaftlichen Unterstützung abhängig. Daher muss die Partizipation und Beteiligung auf allen politischen Ebenen deutlich ausgebaut werden. Voraussetzung dafür ist der ungehinderte Zugang zu Informationen.

Mit der 2001 in Kraft getretenen europaweiten **Aarhus-Konvention** wurden erstmals die Rechte auf Informationszugang und gesellschaftliche Partizipation in der Umweltpolitik völkerrechtlich festgeschrieben. Wir fordern die

schnelle Ratifizierung der Aarhus-Konvention durch Deutschland. In Johannesburg sollte ein Prozess eingeleitet werden, die Bestimmungen dieser Konvention auch **global** zu verankern.

Elemente der direkten Demokratie müssen gestärkt bzw. eingeführt werden. Verfahren für echte Bürgerbeteiligung müssen als kommunikativer Prozess verstanden werden und nicht als formaler Akt. Dazu gehören neue Partizipationsformen, die den Ausgleich divergierender Interessen, die bessere Vertretung bisher unzureichend beteiligter Interessen, die Entwicklung von Kreativität und Kompetenz, die Beteiligung besonderer Zielgruppen oder eine möglichst repräsentative Beteiligung ermöglichen.

Die nationale Nachhaltigkeitsstrategie muss künftig unter größtmöglicher gesellschaftlicher Beteiligung erarbeitet werden. Dazu bedarf es einem Ausbau der Öffentlichkeitsarbeit und einem erweiterten Angebot an Mitmach-Möglichkeiten.

Die mehr als 2000 kommunalen Agenda 21 Prozesse in Deutschland müssen unterstützt und stabilisiert werden. Die Ergebnisse - Leitbilder, Ziele, Indikatoren und Maßnahmen für die zukunftsfähige Entwicklung der Kommunen sowie die Sensibilisierung der Akteure für Umwelt und Entwicklung – stellen einen zentralen Beitrag für eine nachhaltige Entwicklung dar.



Die Kampagne wird getragen von:

